



Gerold Reichenbach, MdB

© Corinna van den Brink

Hessenfest 2017

Rund 2.000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren am Mittwochabend zum diesjährigen Hessenfest in Berlin gekommen. Bei bestem Sommerwetter genossen alle die vielen leckeren hessischen Spezialitäten, die gute Musik und den wirklich schönen Abend! Das Hessenfest ist immer wieder eine gute Gelegenheit, mit alten und neuen Bekannten aus Hessen ins Gespräch zu kommen – unter den Gästen waren zum Beispiel auch unser ehemaliger Ministerpräsident Hans Eichel, der ehemalige Außenminister Joschka Fischer, unser SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel und auch die Bundeskanzlerin schaute kurz vorbei.

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin
Tel. +49 30 227 72150
Fax: +49 30 227 76156
Mail:
gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:
<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:
Carolin Lühe

V.i.S.d.P.:
Gerold Reichenbach, MdB

Was brauchen Familien? - Parlamentarische Staatssekretärin besucht Groß-Gerau

Wie bewältigen Familien die so genannte „Rushhour des Lebens“ mit ihren vielfältigen Herausforderungen und wie kann Politik Familien dabei unterstützen? Um diese zentralen Fragen zu erörtern lud der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Fraktion vor Ort" am vergangenen Freitag zu einer Diskussionsveranstaltung in den Stadverordnetensitzungssaal nach Walldorf ein. Das hochkarätige Podium bildeten Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bildungsexpertin und Landtagsabgeordnete Kerstin Geis sowie der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag, Jan Deboy.

Gerold Reichenbach bedankte sich zunächst bei Bürgermeister Heinz-Peter Becker und Stadtverordnetenvorsteher Werner Schmidt für die Gastfreundschaft. Beide hoben die heterogene Situation der Kinderbetreuung in Mörfelden-Walldorf hervor, kritisierten jedoch die mangelnde Finanzausstattung durch die schwarz-grüne Landesregierung.

Rund 30 Interessierte konnten im Anschluss den Eingangsvortrag von Caren Marks verfolgen, in dem sie die Antwort auf die Frage, was Familien brauchen, gleich vorwegnahm: „Infrastruktur, Geld und Zeit“. Familienministerin Manuela Schwesig habe in der laufenden Legislaturperiode durch den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung, das finanzielle Familienentlastungspaket sowie die Angebote Elterngeld Plus, Elternzeit und Familienarbeitszeit Meilensteine in der modernen Familienpolitik erreichen können. Damit sei ein riesiger Schritt in Richtung der Lebenswirklichkeit von Familien getan.

Die Bildungsexpertin und Landtagsabgeordnete Kerstin Geis bemängelte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, speziell in Hessen. Dazu seien mehr gute, kostenfreie Kitas und Ganztagschulen, ein besseres Angebot an individueller Ganztagsbetreuung und Förderung für jedes Kind und anständige Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher notwendig.

Jan Deboy, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag und junger Familienvater, forderte mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Familienpolitik. „Das fängt bei den Arbeitsbedingungen der Menschen an. Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen ist das beste Verhütungsmittel“, ärgert sich Deboy. Familien bräuchten Zeit, Familie auch leben zu können. Mit einem hessischen Präsentkorb aus sortenreinem Apfelwein und Erzeugnissen aus dem eigenen Garten bedankte sich Reichenbach bei der Staatssekretärin für ihr Kommen.

In Gedenken an Helmut Kohl

Helmut Kohls Vision von einem europäischen Deutschland, die diesen großen Staatsmann bei der Wiedervereinigung genauso leitete wie beim Vertrag von Maastricht, ist ein Vermächtnis an die deutsche Nation und an ganz Europa. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, seinen Angehörigen und Weggefährten.

Mehr Transparenz über Sponsoring bei Parteien

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am Dienstag einen eigenen Gesetzentwurf beschlossen, der sich mit der Transparenz über Einnahmen politischer Parteien beim Sponsoring befasst.

Sponsoring findet bei Parteien im Wesentlichen auf Bundes- und vereinzelt auf Landesebene der Parteien statt. In den Ortsvereinen und Unterbezirken ist es in der Regel ein lokaler Sponsor, der mit Sachleistungen zum Beispiel ein Sommerfest unterstützt.

Sponsoring von Parteiveranstaltungen ist zulässig, um die eigenständige Finanzierung von Parteien zu ermöglichen. Es wird derzeit dem „wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ der Parteien zugeordnet und ist steuerpflichtig. Die Einnahmen fließen in den Rechenschaftsbericht unter der Rubrik „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit“ ein.

Einnahmen aus Sponsoring sind derzeit im Parteiengesetz jedoch nicht ausdrücklich geregelt. Eine solche Regelung erscheint aber erforderlich. Denn die Ziele der Offenheit und Transparenz des politischen

SPD-Steuerkonzept – Zeit für gerechte Steuern

Deutschland ist ein starkes Land. Die Wirtschaft wächst und die Beschäftigungslage ist gut. Damit das so bleibt, müssen wir heute investieren. Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger am wachsenden Wohlstand teilhaben. Dafür hat Martin Schulz ein Steuer-Konzept auf den Tisch gelegt, das am kommenden Wochenende auf dem Bundesparteitag als Teil unseres Regierungsprogrammes beschlossen wird.

Im Gegensatz zur Union hat die SPD eine konkrete Vorstellung davon, wie wir die Zukunft unseres Landes gestalten wollen. Das heutige Steuer- und Abgabensystem in Deutschland belastet kleine und mittlere Einkommen sowie Familien überdurchschnittlich stark. Das wollen und werden wir ändern. Gleichzeitig ist uns wichtig: Wir versprechen nichts, was wir nach der Wahl nicht halten können. Mit unserem solide durchgerechneten Konzept, das 80 Prozent der Gesellschaft entlasten wird, legen wir den richtigen Grundstein.

Wir entlasten Familien:

mit dem Familientarif, dem Kinderbonus und dem erweiterten Kindergeld. Ob die Eltern verheiratet, unverheiratet oder alleinerziehend sind. Die Kita-Gebühren schaffen wir ab.

Wir entlasten Menschen mit geringem Einkommen:

mit Beitragsentlastungen bei den Sozialabgaben bei vollen Ansprüchen. Und wir wollen den Soli abschaffen: zuerst für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.

Wir machen die Steuer gerechter:

mit einem Spitzensteuersatz der erst deutlich später einsetzt, mit 45 Prozent aber drei Prozentpunkte höher liegt als bislang. Und einer Reichensteuer von 48 Prozent auf zu versteuernde Einkommen ab 250.000 Euro. Mit einer Erbschaftssteuer mit weniger Ausnahmen, die große Erbschaften wieder angemessen besteuert. Mit der Abschaffung der Abgeltungssteuer, die Einkommen aus Kapital bislang privilegiert. Denn diejenigen, die für ihr Geld arbeiten, dürfen nicht schlechter gestellt werden als diejenigen, die ihr Geld für sich arbeiten lassen.

Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir auch Finanzprodukte umsatzsteuerpflichtig machen. Und wir wollen steuerliche Privilegien für einzelne Interessensgruppen, wie für Hoteliers bei der Mehrwertsteuer, streichen.

Wir investieren in die Zukunft:

mit einem Schulmodernisierungsprogramm und Berufsschulpakt, dem Familienbaugeld und dem Forschungsbonus. Bis zum Jahr 2025 wollen wir flächendeckend eine der modernsten digitalen Infrastrukturen haben und unser Land zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Wir wollen die besten Schulen, eine gebührenfreie Kinderbetreuung, moderne Infrastruktur in der Stadt und auf dem Land und schnelles Internet für alle. Wir wollen unser Land so gestalten, dass wir den Bürgerinnen und Bürger die besten Voraussetzungen für ihre Zukunft schaffen. All das ist ein Teil unseres Konzeptes für starke Investitionen und gerechte Steuern. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir das ab September durchsetzen können!

Entscheidungsprozesses erfordern es, dass Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Akteure Sponsoring bei politischen Parteien betreiben und welche Form der Interessenvertretung und Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess damit gegebenenfalls verbunden ist. Dem will der Gesetzentwurf zur Änderung des Parteiengesetzes Rechnung tragen und mehr Transparenz schaffen.

Konkret bedeutet das:

- Einnahmen aus Sponsoring sind im Rechenschaftsbericht mit dem Namen des Sponsors, der Leistung und der Höhe der jeweiligen Leistung offen zu legen.
- Sponsoringeinnahmen von unter 500 Euro müssen nicht offengelegt werden (Ziel: Entlastung unterer Parteigliederungen vor unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand).
- Sponsoring von mehr als 50.000 Euro ist dem Präsidenten des Deutschen Bundestages unverzüglich anzuzeigen, der die Zuwendung als Drucksache veröffentlicht.

Keine staatliche Finanzierung für verfassungsfeindliche Parteien

Eigentlich ist es unerträglich, dass Parteien, die gegen die Demokratie hetzen, die die freiheitliche Grundordnung verachten und extremistisch auftreten, auch noch von diesem System profitieren und alimentiert werden. Solche Parteien zu verbieten, ist sehr schwer, die verfassungsrechtlichen Hürden sind hoch – und das generell auch zurecht. Aber dass sie finanzielle Zuwendungen aus Steuermitteln erhalten, das lässt sich ändern. Und genau da haben die SPD- und die Unionsfraktion angesetzt.

Am Donnerstag hat der Bundestag in 2./3. Lesung zwei Gesetzentwürfe der Koalitionsfraktionen beschlossen (Drs. 18/12357, 18/12358). Sie greifen damit eine gesetzliche Initiative des Bundesrates auf, der zudem ein Verbot der extremistischen NPD angestrengt hatte, aber damit vor dem Bundesverfassungsgericht nicht durchgekommen war. Das Gericht hatte aber darauf hingewiesen, dass es andere Möglichkeiten gebe, die staatliche Finanzierung an solche Parteien zu stoppen.

Eva Högl, SPD-Fraktionsvizein, sagt: „Wir haben einen guten und ausgewogenen Vorschlag zum Ausschluss extremistischer Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung beschlossen. Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen und die Werte unserer Verfassung mit Füßen treten, müssen nun nicht weiter mit staatlichen Mitteln finanziert werden. Als SPD-Bundestagsfraktion stehen wir dafür ein, dass Verfassungsfeinde nicht mehr durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler subventioniert werden. Wir wollen auch ein Zeichen dafür setzen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist und es keinen Platz für Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit gibt.“

Die beiden Gesetze sehen nun vor, Artikel 21 des Grundgesetzes (GG) und neben anderen auch das Bundesverfassungsgerichtsgesetz anzupassen. Nach dem neuen Absatz 3 des Artikels 21 des Grundgesetzes sollen künftig Parteien von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen sein, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Über den Ausschluss entscheidet gemäß Artikel 21 Absatz 4 GG das Bundesverfassungsgericht. Zugleich entfällt damit die steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien (Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 GG).

Für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gemäß Artikel 21 Absatz 4 neu GG über den Ausschluss einer Partei von staatlicher Finanzierung wird im Bundesverfassungsgerichtsgesetz ein Verfahren geschaffen.

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, ergänzt: „Es nicht hinnehmbar, dass die Demokratie ihre erklärten Feinde auch noch staatlich alimentieren muss. Steuergelder für verfassungsfeindliche Hetze wird es zukünftig nicht mehr geben.

Umso bedauerlicher ist, dass sich die Grünen-Fraktion hierbei selbst ins Abseits stellt. Es handelt sich keinesfalls um einen Schnellschuss oder reine Symbolpolitik, wie das von führenden

